
Einige Klarstellungen zum Kommentar Hans Kernbauers

F. BUTSCHEK

H. Kernbauers Kommentar zu meiner Arbeit über die wirtschaftliche Entwicklung in der Frühphase der Ersten Republik hat mehrere interessante Ergänzungen dazu vermittelt. Wenn ich dazu noch einiges bemerke, dann nur, um verschiedene Positionen zu verdeutlichen.

Zunächst wäre ein Mißverständnis zu beseitigen. Ich habe natürlich nie Außenhandelsprobleme als „Scheinprobleme“ angesehen, schließlich handelt es sich um einen erheblichen Teil der Studie davon, wenn ich Schumpeters Einstellung dazu als „realistisch“ bezeichnet habe, dann ganz genau dem Zusammenhang seiner Darstellung entsprechend, daß nämlich eine hohe Außenhandelsquote nicht die „Lebensunfähigkeit“ eines Landes bedeute. Andererseits aber ging es mir nicht um eine Bewertung der Tätigkeit Schumpeters als Finanzminister, sondern ich versuchte an den von ihm und Bauer eingenommenen Positionen darzulegen, welchen Problemen die damalige Wirtschaftspolitik gegenüberstand und was für Überlegungen dazu angestellt wurden. Daß Schumpeters Bemühungen, den Wechselkurs zu stabilisieren als isolierte Maßnahme zu den von Kernbauer dargelegten Folgen hätten führen müssen, ist sicherlich richtig. Ich hätte sie aber als Bestand-

teil des später dargelegten umfassenden Konzepts verstanden.

Ich möchte zwar die Position Spitzmüllers nicht autorativ beurteilen, sehe aber nicht unbedingt einen Widerspruch in seinen Äußerungen. Es können Situationen eintreten, in welchen aus politischen Gründen eine andere Art der Finanzierung des Staatshaushaltes – oder eines erheblichen Teiles davon – als über die Notenbank schwer vorstellbar ist (K. Borchardt 1972). Unter etwas veränderten Umständen (Bewirtschaftung) ist die Bundesregierung nach dem Zweiten Weltkrieg bis Juni 1946 den gleichen Weg gegangen, um die bis dahin exorbitanten Besatzungskosten zu zahlen. Das, wie auch den Umstand, daß sich schließlich eine Notenbank – noch dazu in der damaligen Situation – der Regierungspolitik schwer diametral entgegenstellen kann, mochte Spitzmüller in seinen Briefen gemeint haben. Etwas anderes ist es, die mangelnde Bereitschaft von Regierung und Verwaltung, ein Sparkonzept zu entwickeln und Spargesinnung an den Tag zu legen, zu kritisieren. (Natürlich habe ich auch nicht die Politik des hemmungslosen Geldausgebens des Finanzministeriums „für die wachsenden Budgetdefizite verantwortlich“ gemacht, sondern glaube die Hauptursachen dafür auf S. 428 und S. 434 dargelegt zu haben.)

Nicht zu folgen vermag ich Kernbauers Zweifeln über die Veränderungen der Einkommensverteilung gegenüber der Vorkriegszeit. Daß das Niveau dieser durch die Löhne Mitte der zwanziger Jahre noch nicht erreicht worden war, sagt dazu nichts aus, weil das ebenso für das gesamte Volkseinkommen gilt. Nun kann man nachträglichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegenüber durchaus skeptisch sein, doch liegt die Zwischenkriegszeit nicht so weit zurück, um die Arbeit dreier anerkannter Fachleute auf diesem Gebiet ohne gravierende, konkrete Einwände in Zweifel zu ziehen. Hier können zeitgenössi-

sche Zeitungsberichte sehr in die Irre führen. Die von Kernbauer zitierte Arbeitslosigkeit, welche 1924 eine „Stabilisierungskrise“ anzeigen sollte, ging um 29.000 oder 13,4 Prozent zurück, die Beschäftigung expandierte in diesem Jahr sogar um 168.000 oder 8,9 Prozent! Aber wie immer dem auch sei, die in meiner Arbeit abgedruckte Tabelle zeigt, daß auch im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1929 der Anteil der Löhne und Gehälter am BNP 56,5 Prozent gegenüber 51,0 Prozent im Jahre 1913 ausmacht. Nun lassen diese Daten keine exakten Aussagen über die Jahre davor zu, doch sehe ich keinen Grund, warum die Situation vor 1924 grundlegend anders gewesen sein sollte. Tatsächlich vermute ich, daß seit Realisierung des Sozialpakets auch von den Lohnkosten her gewisse inflationäre Impulse ausgegangen sein könnten – und nach Kernbauer scheint das Bauer ebenfalls anzunehmen, wenn er das Erreichen der Vollbeschäftigung 1921 als ein Element der Inflationsbeschleunigung betrachtet.

Letztlich möchte ich meine Aussage zur „Genfer Sanierung“ noch einmal präzisieren: selbstverständlich wäre die Herstellung des inneren und äußeren Gleichgewichts der österreichischen Wirtschaft aus eigener Kraft grundsätzlich möglich gewesen. Von den Nachfolgestaaten hat die Tschechoslowakei solches vorexerziert. Un-

ter den damaligen politischen Gegebenheiten halte ich jedoch solches in Österreich schwer vorstellbar. Österreich verfügte infolge der tiefgreifenden politischen und sozialen Umbrüche damals eben über schwache Regierungen. Diesem Umstand ist die Fortdauer und spätere Beschleunigung der Kriegsinflation zuzuschreiben. Ähnliche Prozesse wie in Österreich gab es schließlich in Deutschland, Ungarn, Polen und Rußland (Lewis 1949, S. 20). Und es waren auch gleichartige Erwartungen, welche sowohl die Inflation in Gang hielten als auch die Intervention des Völkerbundes bewirkten, nämlich das mangelnde Vertrauen in den Umstand, daß „a government's notes and debts were backed by the commitment of the government to levy taxes in sufficient amounts, given its expenditures, to make good its debt“ (T. J. Sargent 1981, S. 5).

Literaturverzeichnis

- Borchardt, K.: Die Erfahrung mit Inflationen in Deutschland, in J. Schlemmer (Hrsg.), *Enteignung durch Inflation?* München 1982.
- Lewis, W. A.: *Economic Survey 1919–1929*, London 1949.
- Sargent, T. J.: *The Ends of Four Big Inflation*, NBER, Conference Paper No 90, Cambridge M. 1981.